

Vortrag von Dr. K. Hummel – Cultura Socialis 20.03.2009 Lana

Die Demokratie und der Staat leben von einem Gut, das sie selbst nicht erneuern können, also weder erschaffen, erkaufen, erzwingen noch direkt beschließen.

Unser Gemeinwesen ist angewiesen darauf, dass Bürgerinnen und Bürger etwas für diesen Staat tun, sich identifizieren, wählen gehen Einsicht in so viele ungeschriebene Grundwerte des Gemeinwesens zeigen. Zu diesen gehören zum Beispiel der Generationenvertrag oder die soziale Marktwirtschaft. Ein gesetzliches Regelwerk kann diese Ordnungen begleiten und strukturieren, in ihrem Kern aber sind sie vom Konsens abhängig. Wie zerbrechlich und widersprüchlich dies ist, zeigt sich, wenn Menschen geworben werden, aus Solidarsystemen wie Versicherungen oder Schulsprengel auszutreten, um nur sich selbst zum Beispiel lebenszuversichern bzw. von ihren Elternwahlrechten nicht Gebrauch zu machen. Die Freiheit auf der einen Seite u.a. auch die der Religionsausübung und der Sozialstaatsanspruch auf der anderen Seite, allen gleiche Chancen und Fürsorge zukommen zu lassen, regeln sich nicht von selbst. Sie müssen ausgehandelt werden. Auch darin erweist sich die entstehende Bürgergesellschaft als ein sehr viel weitergehender und konfliktreicher Anspruch als der reine versorgende Sozialstaat, der sich des Ehrenamtes bedient und es gelegentlich alimentiert durch Steuern, Übungsleiterpauschalen oder Vereinsförderung.

Im Land Südtirol hat sich eine Kultur von Bürgerschaftsprojekten herausgestellt und diese wird - auch von der Politik - mit Recht- als "Kultur" angesprochen.

Von dem Socrates-Wohnkonzept zwischen Senioren und Studenten einer Bozner Sozialgenossenschaft, über die Brixner Aktion „Menschen aus anderer Sicht“ über die der Lohnstreifenspende von GKN-Mitarbeiter werden Fragen der "Brüderlichkeit"(oder Schwesterlichkeit/Solidarität) angesprochen.

Mit der Ausländerbücherei der Gemeinde Bruneck, dem Mokkacino Betrieb, der Wipptaler Arbeitsgutscheininitiative JAWA oder dem Autismus-Film „Wie ich bin“ werden Fragen von Gleichheit und Gerechtigkeit thematisiert.

Viele andere Projekte die im Jahr 2008 eingereicht worden sind, streifen Fragen der Freiheit, des Selbstbewußtsein und des Stolzes in der Demokratie.

Unschwer ist bei der Aktion von Cultura Socialis zu erkennen, wie wertgestützt Bürgerengagement ist, sei es christlich und weltanschaulich, sei es einer Art eigener und kollektiver "Moral" geschuldet, die sich nachzeichnen lässt. Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit waren vor über 200 Jahren die Wendepunkte der europäischen Demokratien.

Sie sind sowohl in Verfassungen und Grundgesetzen eingeflossen, vor allem aber sind sie Brücken der Verständigung von Menschen in handelnder Absicht, somit ein tragendes Element einer Kultur. Womit gleichzeitig deutlich wird, dass sie nicht gleichzusetzen sind mit sozialstaatlichem Handeln. Dies genau muss zusammenkommen, damit Kultur wirksam und damit staatliches Handeln erst ein Beitrag zu Kultur wird.

Bürgerschaftliches Engagement bedeutet, dass das Aushandeln der gemeinsamen Dinge - das Einmischen in die eigenen Angelegenheiten -, wie Max Frisch gesagt hat - Sache der Bürgerschaft ist und oftmals nur mit den Organen des Staates (Gerichte etc.) und im Tun (learning by doing) erfolgen kann.

Engagement ist nicht Handlungsvollzug, sondern bleibt im Kern eine Sache des Herzens, der Emotionen, weshalb Engagementprojekte weder besonders sachlich noch neutral sind, vielleicht vernünftig, und weshalb Engagementprojekte und öffentliche Dienstleistungen, die genau das sein müssen, nämlich neutral, transparent, überprüfbar etc. sich ideal ergänzen, aber nie vollständig ersetzen können.

Engagementprojekte folgen einem Kalkül, aber nicht dem Marktnutzen, weshalb auch da gilt, dass solche Projekte und kommerzielle Leistungen nicht von gleicher Art sind. Der Nutzen liegt meist unmittelbar im Helfen, im Mitgestalten, im Erwerb neuer Kontakte und Perspektiven, also in einer anderen Währung.

Engagement erfolgt in der Regel dort, wo ich Vertrauen investiere oder, weil ich Vertrauen verloren habe, dagegen mobilisiere wie in den Bürgerrechtsbewegungen Osteuropas vor der Wende. Kommen Staat und Engagement in eine Misstrauensstellung zueinander, schwächen sie sich, vordergründig mag dies noch einmal "empörte Massen" mobilisieren, aber es trägt nicht nachhaltig in erwartbare, verlässliche Haltungen, auf die wir uns so gern im Vereinswesen, bei der Zivilcourage im Alltag oder in der Nachbarschaft verlassen würden. Wie die US-Kampagne um Präsident Obama gezeigt hat, hat Engagement viel zu tun mit dem Vertrauen in Glaubwürdigkeit, Echtheit und Transparenz derer, für die man etwas zu tun bereit ist.

Und damit wird auch eine entscheidende Verbindung des Bürgerengagements deutlich, das dieses von Ressortpolitik unterscheidet. So sehr sich viele Engagementfelder neben dem Sport, den Feuerwehren, dem Zivilschutz, etc. vor allem im Sozialen abspielen, im Verhältnis von alt und jung, in- und ausländisch, arm und reich, mit und ohne Handicap, so sehr geht es hierbei nicht um Sozialpolitik im engen Sinne der Versorgung und Güterverteilung, sondern um eine Kultur des Miteinanders.

Sozialkulturelles Handeln stellt das Bindeglied dar zwischen den Anliegen, die viele Menschen bewegen, etwas zum Zusammenhalt aller zu tun und es schließt das Verhältnis

Mensch zur Natur und Mensch zu nachfolgenden Generationen ein. Bürgerengagement ist der vermeintlich private "Zukunftsfonds" der Bürgerschaft neben den Fonds, die Politikressorts isoliert auflegen.

Bürgerengagement (beinhaltet die Kultur des Sozialen) ist kein Gut, das unseren Alltag und den Staat nur ergänzt und auf das wir, hätten wir genügend Geld, auch verzichten könnten. Vor drei zentralen Herausforderungen stehen unsere Dorf- und Stadtgemeinschaften: der Alterung, der Zuwanderung und der Segregation, also der sozialen Spaltung. Jedes zweite Grundschulkind der meisten deutschen Großstädte hat irgendeinen Migrantenhintergrund, jeder zweite Haushalt ist demnächst ein Singlehaushalt und die unser Gesellschaftsgefüge mehrheitlich tragende Mittelschicht ist auf fast die Hälfte geschrumpft.

Wie soll eine solche Gesellschaft nur durch Gesetze oder nur durch Geld zusammengehalten werden? Lässt sich friedliche Integration erkaufen? Lassen sich alle Pflegeprobleme der älteren Generation dienstleistungsprofessionell erledigen, erhalten Ärmere ihre Ermutigung durch Gesetze? Der Zusammenhalt von Gesellschaft erfordert sozial sichernde Gesetze und Dienstleistungen, er wird aber nur funktionieren, es wird demokratisch nur mitgetragen bei einer "gefühlten Gerechtigkeit und Teilhabe aller", und diese erfolgt nun einmal vorrangig im Handeln füreinander, für sich selbst, durch Eigenverantwortung und durch Solidarität.

Das Misstrauen in den letzten 10 Jahren scheint trotz positiver Meldungen aus der Welt des Bürgerengagements ständig und "schleichend" zu steigen mit Blick auf Wahl- und Institutionenbeteiligungen. Wo junge Menschen kaum noch und die Anderen unter 50% zur Wahl gehen, Parteien überaltern, Kirchen und Gewerkschaften weniger Mitglieder haben, ist Vertrauen gesunken und ein "Schutzschirm" für die Demokratie angesagt (warum nur für Banken??) Selbstverständlich können Menschen nicht gezwungen werden beizutreten und zu wählen, aber eine Diskussion ist zwingend notwendig, wie der Staat die neuen Formen des Bürgerengagements wahrnimmt, ernst nimmt und bündelt, zusammenführt, ggfs. koordiniert und vor allem durch Qualifizierung unterstützt.

Hier am Ort wird deutlich wie sehr eine neue Kultur des Engagements herangewachsen ist. Viel Engagement gelingt nur, weil es neue Kontinuitäten, neue Anlaufstellen, neue Projekte gibt, die auf veränderte Kompetenzen in der Bevölkerung zurückgreifen können. Noch nie gab es so berufskompetente ältere Frauen, computer- und fahrzeugausgestatte Männer, weltläufige Jugendliche, Gleichberechtigung der Ethnien und Kulturen, so dass ein vielfältiges Engagementfeld entstehen kann.

Die erfolgreiche Südtiroler Initiative mit dem lateinischen Namen Cultura Socialis beweist, wie groß das Bedürfnis ist, über alte Schichten und Klassen, neue Milieus hinweg, sich auszutauschen.

Neu sind nun die Herausforderungen NEUES ENGAGEMENT „wirksam“ zu machen.

Im traditionellen Staatsgefüge gab es klare Definitionen, was des Staates ist und was privat, wer seine Ehrenamtlichen hat und wer nicht. In der Bürgergesellschaft ist zuerst einmal nichts mehr klar und durch Dritte definiert. Es kann durchaus sein, dass ein konfessionell geprägtes Engagement für Arme gut gemeint aber schlecht koordiniert ist, weil es sinnvoller wäre, die Armutsvermeidungsstrategie der Gemeindeverwaltung durch freiwillige Sozialpaten zu begleiten, um z.B. nicht an einer falschen Stelle zu betreuen, statt zu bestärken. Wer soll das managen?

Es kann sinnvoll sein, statt weniger deutscher Lehrer, die Migrantenkinder in deutsch belehren, mehrsprachige Lehrer zu haben, die Migrantenmütter zu freiwilligem Engagement ermuntern und die Lehrer in ihren „communities“ Kinder zu lehren, Omas aufzuklären, um Verständnis bei den Vätern zu werben. Wer setzt das durch, wer hat Vertrauen bei den Meinungsführern? Wer gibt dem Fußballverein Tipps, wie es neben Bratwürsten auch schweinefleischfreie Mahlzeiten für muslimische Fußballjungs gibt? Wer organisiert zwischen Schule und Einsatzstellen in der Stadt, dass es jederzeit freiwilliges Engagement als Lernfeld geben kann, unabhängig von Schulnoten? Wie organisiert man vereins- und sozialdienstübergreifende Paten, die sich um Demenz-betroffene Familien kümmern? Wie können neu zugezogene Bürger anders als mit einer Broschüre an Engagementfelder herangeführt werden, sei es durch Empfänge oder Besuche?

Solche und zahlreiche andere Projekte sind Kooperationen, sie erfordern ein kluges Zusammenwirken und sie können funktionieren- es sind Beispiele aus „meiner“ früheren Dezernentenstadt Augsburg.

Sie besagen, dass das Projekt aktives Bürgerengagement als Teil kommunaler Politik mehr als Appelle, Geld oder Sonntagsreden braucht. Es braucht eine Verständigung über Ziele und Handlungsprogramme, in die auch Bürgerschafts- und Betroffenengruppen einbezogen werden, nicht weil sie -passiv - Betroffene sind, sondern weil sie -gestaltend- Beteiligte sind. Es braucht Mitarbeiter, die sich auskennen in Haftungs- Versicherungs- und Datenschutzrechten, die unterscheiden können zwischen der oben angesprochenen notwendigen Neutralität der Dienste und der höchst sinnvollen Emotionalität des Engagements, die zusammen das „Produkt“ öffentlicher Wohlfahrt ergeben. Solche Mitarbeiter brauchen Schulung, Status und Risikoschutz. Es braucht klare Arbeitsteilung, wer was macht, weil Engagement sonst immer zur „zusätzlichen Last“ verkommt (z.B. innerhalb des Schul- oder Gesundheitswesens) oder als Konkurrenz wahrgenommen wird (weil Caritas oder Sozialgenossenschaften auch um Einflusszonen ringen).

Es braucht oftmals mehr Wissen der Engagierten um die Milieus, aus der ihre Klienten kommen, und mehr Wissen der Profis, woher ihre Engagierten kommen; und dieses ist meist wichtiger als das Fachwissen zum Problemfall, weil dieses austauschbar, anlernbar und derzeit leichter erreichbar ist.

Insgesamt geht es bei der Perspektive des Bürgerengagements also um Qualifikation. Diese ist aber keine "Supervision" und Belehrung der Engagierten, sondern ein systemisches Lernen derer, die beteiligt sind, vorneweg der Ämter und Institutionen, der traditionellen Vereine und inzwischen auch wieder der Wohlfahrtsverbände, weil diese selbst zu professionellen Anbietern geworden sind.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Südtirol, März 2009